

SPD-Fraktion (Anfrage Nr. 2468/2007)
--

Eingereicht am 10.10.2007 um 10:30 Uhr.

Ratsversammlung

Anfrage der SPD-Fraktion zur Verstrickung der Unternehmerfamilie Quandt in die Verbrechen der Nazizeit

Im Nachtprogramm strahlte die ARD am 30.09.2007 eine vom NDR produzierte Dokumentation über die Großindustriellenfamilie Quandt aus. Unter dem Titel "Das Schweigen der Quandts" konfrontierte die Produktion die Unternehmerdynastie mit ihrer Rolle während der NS-Zeit. Gezeigt wird, anhand von Filmdokumentationen, Zeitzeugeninterviews sowie weiterem Archivmaterial, wie die Familie Quandt mit Hilfe der Nazis und durch Ausbeutung von Zwangsarbeitern ihr Vermögen erwarb. Die Quandts gelten heute als eine der reichsten Familien Deutschlands.

Die Quandts waren Eigentümer der Firma Accumulatoren Fabrik Aktiengesellschaft Berlin-Hagen, kurz AFA, die nach der ARD-Dokumentation kriegswichtige Batterien mit Arbeitskräften aus einem „firmeneigenen Konzentrationslager“ auf dem AFA-Gelände in Hannover-Stöcken produzierte. Nach dem Krieg ging daraus die Varta hervor. Bedeutung errang die Unternehmerfamilie auch, weil sie unmittelbar nach dem Krieg Großaktionär bei den Bayrischen Motorenwerken (BMW) wurde und sie damit vor der Pleite rettete.

Nach Kriegsende wurde Günther Quandt in einem Entnazifizierungsverfahren zum „Mitläufer“ erklärt. Trotz bewiesener Verstrickung in die Verbrechen des Dritten Reichs, unter anderem durch von der AFA betriebene, firmeneigene Konzentrations- und Arbeitslager, wurde er nicht bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen angeklagt.

Die Autoren des Berichts werfen der Familie Quandt vor, dass ihr Milliardenvermögen auf der Ausbeutung von Zwangsarbeitern während des Nationalsozialismus beruhe. Eine angemessene Entschuldigung der Quandt-Erben gegenüber den Opfern der Zwangsarbeit habe es bis heute nicht gegeben. Das Mahnmal für die Opfer der Zwangsarbeit in Stöcken ist ohne Beteiligung der Quandt-Erben errichtet worden, weil diese sich verweigerten.

Wir fragen deshalb die Verwaltung:

1. Ist bekannt, wie viele der ehemaligen Zwangsarbeiter/innen heute noch in Hannover oder in anderen Städten leben?
2. Wie kann die Verwaltung, gegebenenfalls auch mit juristischen Mitteln, darauf einwirken, die Erben der Quandt-Familie zu einer angemessenen Wiedergutmachung zu bewegen und sich bei den Opfern der Zwangsarbeit zu entschuldigen?

3. Auf welche Weise kann die Stadt einen Beitrag zur Erinnerung an das unfassbare Leid der Zwangsarbeiter/innen leisten und die von Günther Quandt begangenen Verbrechen als Mahnung für die Nachwelt bewahren und dokumentieren?

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Hannover / 10.10.2007